NEWSLETTER



Liebe Bürgerinnen und Bürger. liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem Ende der Sommerferien ist auch der Landtag aus seiner Sommerpause zurückgekommen. In dieser Woche ist nun auch wieder das Plenum des Landtags zusammengekommen. Gerne möchte ich Sie daher wie gewohnt mit meinem Newsletter über die aktuellen Themen im Landtag informieren.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre. Ihre/Eure Inge Blask

Integrationsplan NRW

Mit dem Integrationsplan verfolgen wir das Ziel einer umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe aller zu uns kommenden Menschen. Dafür haben wir bundesweit das erste umfassende Konzept für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration der Neuzugewanderten vorgelegt. Dabei greifen wir in NRW auf unsere bereits vorhandenen integrationspolitischen Strukturen zurück. Wir stärken gezielt die Kommunalen Integrationszentren (Kls). um die gestiegenen Herausforderungen vor Ort zu bewältigen. Da Ankommen mehr als Sprache erfordert, werden Bildungsund Ausbildungsmaßnahmen an Integrationskurse gekoppelt. Die Integration Points werden neben den Kls zu wertvollen Schnittstellen für gelingende Bildungs- und Arbeitsmarktintegration. Eine zentrale Rolle spielt die Zivilgesellschaft, die bisher großartige Arbeit geleistet hat.

Bildung und Ausbildung sind die zentralen Voraussetzungen für eine gelingende Integration. Jeder Geflüchtete erhält ein individuelles Bildungsangebot, um möglichst einen Bildungs- oder Ausbildungsabschluss zu erreichen.

Wir stärken mit dem Plan auch das Zusammenleben im Quartier. Um die anvisierten Maßnahmen umsetzen zu können, hat der Landtag einen neuen Nachtragshaushalt für 2016 verabschiedet. Enthalten sind darin u.a. folgende Punkte:

400 zusätzliche Lehrerstellen für Berufs- und Weiterbildungskollegs

5 Millionen Euro zusätzlich für Brückenprojekte

- 40 halbe Stellen bei den Stadtsportbünden für Integrationsarbeit
- zusätzliche Stellen in den Kommunalen Integrationszen-
- Stärkung des Wegweiser-Programms
- zusätzlich 1,25 Millionen Euro für z. B. Interkulturelle Kunst
- 700.000 Euro mehr für die Förderung der Volkshochschulen.

Drucksache 16/11229 (Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen)

Grundsatzdebatte um Geld für 2017

Am Donnerstag hat die Debatte um den Landeshaushalt für 2017 begonnen. Für das kommende Jahr sind rund 72,3 Milliarden Euro für die Landesausgaben eingeplant. Unter anderem sind zusätzliche Stellen im Schulbereich für Inklusion, in der Steuerverwaltung und in der Justiz für eine weitere Digitalisierung angedacht. Insgesamt steigert die Landesregierung die Ausgaben im gesamten Bildungsbereich 2017 um 950 Millionen Euro auf 29 Milliarden Euro. Für die Versorgung und Integration von geflüchteten Menschen stellt das Land 2017 insgesamt rund 4,1 Milliarden Euro bereit. Ein weiterer Investitionsschwerpunkt bleibt die Innere Sicherheit:

Im neuen Haushaltsplan sind rund 4,2 Milliarden Euro veran- Foto: I-vista / pixelio.de schlagt - 375 Millionen Euro mehr als bisher. Das Innenministerium wird 2017 mit 699 neuen Stellen die Polizei verstärken. Die Rekordzahl in der Ausbildung von 2.000 Polizeianwärtern zeigt, dass das Land auch perspektivisch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger verbessert. Die Neuverschuldung soll auf 1,6 Milliarden Euro abgesenkt wer-

den. Das bedeutet, dass NRW die Schuldenbremse bis 2020 einhalten und danach voraussichtlich mit einer Tilgung von etwa 930 Millionen Euro beginnen kann. Mit diskutiert wurde am Donnerstag auch der Gesetzentwurf zum

neuen kommunalen Finanzausgleich. Voraussichtlich können die Kommunen mit gut 10,56 Milliarden Euro rechnen. Das ist eine Steigerung gegenüber 2016 um rund 177 Millionen Euro.

Starkes Stahlland NRW sichern!

NRW ist ein starkes Stahlland - jährlich werden rund 16,5 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt. Das sind 38 Prozent der Produktion in Deutschland. In der NRW-Stahlindustrie sind 47.600 Menschen beschäftigt. Dies entspricht 56 Prozent der Stahlbelegschaften deutschlandweit. In dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen haben wir uns am Mittwoch im Landtag unter anderem dafür ausgesprochen, uns insbesondere für eine europäische Außenhandelspolitik einzusetzen, die der Dumping-Strategie der chinesischen Stahlproduzenten wirkungsvoll begegnet. Die Sicherung der Stahlstandorte im Ruhrgebiet ist auch für uns

in Südwestfalen wichtig, denn eine Sicherung dieser Standorte bedeutet auch eine Sicherung der Stahlverarbeitung in Südwestfalen. Hierzu passend habe ich in der vergangenen Woche die Firma Wälzholz in Plettenberg besucht.



Treffen mit den SPD- Seniorinnen und Senioren aus Menden



SPD-Menden in meinem Wahlkreisbüro begrüßen. Bei einem gemütlichen Beisammensein bei Kaffee und Kuchen konnten wir uns austauschen und aktuelle Themen aus der Landespolitik besprechen. Kommunalpolitscher Abend in Neuenrade



Für Ende August hatte ich die Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzenden bzw. ihre Vertreter für einen kommunalpolitischen Abend kommunalpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion Christian Dahm eingeladen, um aktuelle The-

men aus der Kommunalpolitik zu besprechen.



Foto: Pixabay



Termine im September

25.09.2016, von 11:00 -19:00 Uhr, Fraktion im Dialog beim Hemeraner Herbstfest

28.09.2016, 19:00 Uhr, Gespräch mit Jugendlichen zu aktuelle Themen, Wahlkreisbüro Menden

Kurz notiert Ampeln attestieren Hygienestan-

dards

Verbraucherinnen und Verbraucher wollen und sollen die Gewissheit haben, dass beispielsweise im Restaurant, der Imbissbude oder beim Bäcker Hygienestandards eingehalten werden. Mit dem Gesetz zur Schaffung von Transparenz von Ergebnissen der amtli-Lebensmittelüberwachen chung will die rot-grüne Landesregierung die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. In Zukunft soll ein "Kontrollbarometer" über die hygienischen Bedingungen der Gasstätten oder Fleischereien Auskunft geben.

Verbesserte Förderung für öffentlichen Nahverkehr

Mit der angedachten Änderung des ÖPNV-Gesetzes werden die Investitionsförderung im ÖPNV um 30 Millionen Euro pro Jahr und die ÖPNV-Pauschale um 20 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Zudem werden neue Verteilkriterien mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung eine verstärkte Finanzierung für den ländlichen Raum festgeschrieben.

Es sollen neue Förderanreize gesetzt werden, um die zeitgerechte Fortentwicklung Nahverkehrs effektiv unterstützen zu können. Das sind die Förderung der Barrierefreiheit und der E-Mobilität bei Linienbussen, die Reaktivierung und Elektrifizierung von SPNV-Strecken, die Erneuerung von Straßen-, Stadtbahnsystemen und öffentlichen, nichtbundeseigenen Eisenbahnen. Auch sollen regionale Schnellbusverkehre gestärkt werden.

Sonne mit Solaranlagen zukünftig nutzen

Mit dem Klimaschutzgesetz NRW und dem Klimaschutzplan setzt sich Nordrhein-Westfalen das Ziel, bis 2030 eine klimaneutrale Landesverwaltung zu erreichen. In einem Antrag der rot-grünen Landtagsfraktionen geht es unter anderem um Ministerien, Behörden, Polizei und Justizvollzugsanstalten. Mögliche Nutzungsflächen sollen ermittelt werden, um später Solaranlagen aufstellen zu können. Geplant ist, dass, wenn etwas neu gebaut oder umfangreich saniert wird, im Regelfall auch eine Solaranlage mit angebracht werden soll. Vorausgesetzt, es ist wirtschaftlich sinnvoll. Auch auf Bestandsgebäude soll nach und nach eine "Umrüstung" erfolgen.

chern für Erneuerbare Energien Ziel der Landesregierung ist der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien unter der Maßgabe, dass die Energieversorgung sicher, umweltfreundlich und bezahlbar sein muss. Dabei werden in Zukunft neue und innovative Speichertechnologien wichtige Rolle spielen. Die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen haben daher einen Antrag eingebracht, der aufzeigt, welche Schritte notwendig sind, um in NRW die Speichertechnologie voranzubringen und zu fördern.

Entwicklung von Energiespei-

dern Das CDU-geführte Bundesfi-

Freifunk weiter fördern und for-

nanzministerium hatte erklärt, dass eine generelle Anerkennung von Freifunkinitiativen als gemeinnützig nicht unterstützt würde. NRW ist gegen die Störerhaftung eingetreten, und wir werden nun auch weiterhin dafür kämpfen, dass die Gemeinnützigkeit von Freifunkinitiativen umfassend anerkannt wird. Eine Möglichkeit wäre eine Bundesratsinitiative ebenso wie eine verbindliche Regelung zwischen den Finanzministerien von Bund und Ländern. Wir fördern die Freifunk-Bewegung auch finanzi-